

DURCHBLICK



Nr. 195 – April 2016

Nachrichten für die Seniorinnen und Senioren im Land Bremen

HsM Bonn musste Tätigkeit ab Januar 2016 einstellen

Die Bonner Initiative gegen Gewalt im Alter - Handeln statt Mißhandeln e.V. (HsM) ist eine gemeinnützige und unabhängige Krisen- und Notrufberatungsstelle für alte Menschen und deren Angehörige. Sie wurde 1997 mit Unterstützung der Stadt Bonn eingerichtet. Sie ist Mitglied der 1999 gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft der Krisentelefone, Beratungs- und Beschwerdestellen für alte Menschen. Diese besteht derzeit aus 17 Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft. Grundlegende Anliegen von HsM sind "Altersdiskriminierung zu bekämpfen, die gewaltfördernden Mängel der strukturellen Rahmenbedingungen in der Altenpflege, Gerontopsychiatrie und Geriatrie zu thematisieren und zu analysieren - nicht zu skandalisieren, sondern zu sensibilisieren -, die Charta der Rechte für hilfe- und pflegebedürftige Menschen zu verbreiten und ihr zur Geltung zu verhelfen und präventiv tätig zu werden".

Sie ist seit 18 Jahren in Bonn tätig. In dieser Zeit wurde sie in vielfältigen, z.T. sehr schwierigen Situationen im häuslichen und stationären Bereich in Anspruch genommen. Sie gilt als eine der ersten Ansprechpartnerinnen bundesweit und hat Vorreiterfunktion.

Gewalthandlungen und Straftaten gegen alte Menschen und in der Altenpflege Tätige sind keine Seltenheit. Etwa 25 % der älteren Bürger (ohne Pflegebedürftigkeit) haben innerhalb eines Jahres Gewalterfahrungen machen müssen. Pflegebedürftige alte Menschen erfahren erheblich häufiger Gewaltanwendungen! Aber nur wenige Gewaltsituationen werden "aktenkundig". Auch Gewalthandlungen gegen in der Altenhilfe/-pflege Tätige sind nicht selten! Seit 1998 sind ca. 37.500 Anrufe beim Notruftelefon eingegangen, davon über 13.700 Notrufe. Etwa 23.700 Anrufe kamen zu weiteren Fragestellungen, wie z.B. Vorsorgevollmacht, Betreuung, Vermittlung der Altenhilfe, Heimaufsicht, Therapeuten, ambulante Pflegedienste und Haushaltshilfen hinzu. 3.700 Krisen-Beratungsgespräche wurden durchgeführt, davon 25% in der Beratungsstelle und die anderen zuhause oder in Kliniken und Heimen.

Menschen in krisenhaften Situationen Unterstützung, Beratung und Hilfe anzubieten, ist wichtig. Deshalb fordert die Bonner Initiative seit Jahren:

- 1. Keine Toleranz von Gewalt gegen alte Menschen in keiner Situation und zu keiner Zeit!
- **2.** Schaffung von Krisen- und Notrufberatungsstellen für alte Menschen, Angehörige und Pflegekräfte mit entsprechender Ausstattung für jede Kommune!
- **3.** Einbeziehung von Deeskalationstraining und Wissensvermittlung über die Gewalt gegen alte Menschen in die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Pflegekräften und Ärzten!
- **4.** Einrichtung von rechtlichen Betreuungen nur nach dem Erforderlichkeitsprinzip und unter Achtung des Willens des/r Betreuten!
- **5.** Beachtung der UN-Konvention für Rechte von Menschen mit Behinderungen!
- 6. Verbreitung und Einhaltung der Charta der Rechte für hilfe- und pflegebedürftige Menschen!

Es ist schon erstaunlich, dass im Hinblick auf die demographische Entwicklung eine diesbezügliche Krisen- und Notrufberatungsstelle für alte Menschen nicht erforderlich erscheint. Auch Bonn hat hierfür kein Geld! Ein freiwillig gewährter Zuschuss zum Betrieb der Beratungsstelle, der seit einigen Jahren eher unregelmäßig zur Verfügung stand, war zwar hilfreich, doch für eine effektive Arbeit ist es nicht mehr als ein Almosen". Es gab mal einen ausreichenden Zuschuss. Das hat sich aber verändert. Ehrenamtliche Mitarbeiter können allerdings eine derartige kommunale Aufgabe auf Dauer nicht leisten. Für alle anderen Bereiche (Kinder und Jugendliche, Frauen, Migranten u.a.) ist dies für eine Kommune selbstverständlich. Diese Kritik bezieht sich nicht nur auf Bonn. Dort gründete sich im Februar 2016 eine neue Privatinitiative.

Weitere Informationen unter: Handeln statt Misshandeln - Forum Altern ohne Gewalt, Tel.: 0228-180 889 95,

 $E-mail: \\ \underline{hsm-forumaltern@web.de}, \\ Ansprechpartner: \\ Prof. \\ Dr. \\ Hirsch / \\ B. \\ Markowsky-Rohe, \\ Ermekeilstr. \\ 36-53113 \\ Bonn \\ B. \\ Markowsky-Rohe, \\ Ermekeilstr. \\ 36-53113 \\ Bonn \\ B. \\ Markowsky-Rohe, \\ Ermekeilstr. \\ 36-53113 \\ Bonn \\ B. \\ Markowsky-Rohe, \\ Ermekeilstr. \\ 36-53113 \\ Bonn \\ B. \\ Markowsky-Rohe, \\ Ermekeilstr. \\ 36-53113 \\ Bonn \\ B. \\ Markowsky-Rohe, \\ Ermekeilstr. \\ 36-53113 \\ Bonn \\ B. \\ Markowsky-Rohe, \\ B. \\ Markowsky-$

(Quelle: Presseerklärung der HsM Bonn, Februar 2016)

Die Bremer Seniorenvertretung schließt sich der Ansicht der Initiative **Handeln statt Misshandeln**-**Forum Altern ohne Gewalt** an, dass für alte Menschen, die in einer Lebenskrise sind oder Schwierigkeiten in der Familie haben, unabhängige Krisen- und Notrufberatungsstellen, soweit sie in Kommunen schon bestehen, erhalten bleiben müssen, ansonsten aber eingerichtet und unterstützt werden sollten. In der Regel gibt es nämlich erst dann vermehrt Hilfen, wenn Pflegebedürftigkeit besteht. Nicht nur sozial schwache, sondern auch alte Menschen sollten nicht die Verlierer unserer Leistungs- und geldorientierten Wertegesellschaft sein. **Mögliche Anlaufstellen in Bremen:**

Bürgertelefon, Tel.: 115

Senatorin für Soziales, Referat Ältere Menschen

Ambulante Versorgungsbrücken e. V. Humboldtstraße 126, 28203 Bremen

Pflege- und Gesundheit

"Zu Hause gut versorgt" Eine neue Broschüre der BAGSO

Mit einer neuen Broschüre informiert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) über kostenlose und kostenpflichtige Hilfsangebote für ältere Menschen. Der 50-seitige Ratgeber, dessen Erstellung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) ermöglicht wurde, ist kostenfrei erhältlich. "Die Broschüre soll ermutigen, sich Unterstützung zu holen, wenn es nötig ist. Man weiß heute, dass Pflegebedürftigkeit hinausgezögert werden kann, wenn man sich traut, rechtzeitig Hilfe und Unterstützung anzunehmen", so der Vorsitzende der BAGSO und ehemalige Bundesminister Franz Müntefering.

Der Ratgeber enthält zahlreiche Hinweise und Tipps zu Angeboten rund um den Haushalt und zur Entlastung von pflegenden Angehörigen, zu Hilfsangeboten, bei Behördenangelegenheiten, Fahrdiensten, Hausnotruf, Wohnungsanpassungsmaßnahmen oder Umzügen. Checklisten am Ende der Kapitel nennen die Punkte, auf die man bei der Auswahl eines Dienstleisters unbedingt achten sollte.

Der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas: "Die Broschüre verbessert die Transparenz der Angebote auf dem Markt für haushaltsnahe Dienstleistungen und bietet Hilfestellung bei der Auswahl der Anbieter anhand von Qualitätskriterien. Es ist ein rundum gelungener Ratgeber, der für viele Menschen im Alltag sehr nützlich sein kann."

Bestelladresse (gerne auch in größerer Stückzahl):

BAGSO e.V. Bonngasse 10, 53111 Bonn, Fax: 0228 / 24 99 93 20, E-Mail: wittig@bagso.de (Quelle: BAGSO-Pressemitteilung 01/2016)

EU Kampagne "Patientenrechte haben keine Grenzen"

In Zusammenarbeit mit Patientenorganisationen in 14 Ländern in Europa beteiligt sich die Bürger Initiative Gesundheit e.V. Augsburg an der Kampagne 2016 zum Ausbau und zur Sicherung der Patientenrechte.

Die Maßnahme hat das Ziel einer sachgemäßen Durchführung des EU-Erlasses 2011/24 zu einer grenzübergreifenden Gesundheitsversorgung in jedem EU-Land beizutragen. Darin sind die Informationen enthalten, die bereits von der

Europäischen Kommission mit hilfreichen Details versehen wurden, verbunden mit Hinweisen zu den Nationalen Kontaktstellen als Ansprechpartner, die in jedem Land verfügbar sind, und mit Informationen für Menschen mit seltenen Erkrankungen.

Die Grundlage war die im Jahr 2002 mit einer Gruppe von europäischen Bürgerorganisationen verabschiedete Charta der Patientenrechte, an deren Entwicklung wir intensiv beteiligt waren. Diese Charta beinhaltet **14 Rechte**:

- Recht auf vorbeugende Maßnahmen - Recht auf Zugang - Recht auf Information - Recht auf Einwilligung - Recht auf freie Wahl - Recht auf Privatsphäre und Vertraulichkeit - Recht auf Achtung der Zeit des Patienten - Recht auf Einhaltung der Qualitätsstandards - Recht auf Sicherheit - Recht auf Innovation - Recht auf Vermeidung unnötiger Leiden und Schmerzen - Recht auf individuelle Behandlung - Recht auf Beschwerde - Recht auf Entschädigung

All diese Rechte basieren auf der Charta der Grundrechte der EU (Art. 35) und sind entscheidend für die europäischen Bürger und für die Gesundheitsfürsorge. Die Mehrheit dieser Rechte ist in den Ratsbeschlüssen über die Grundwerte und Prinzipien in den EU-Gesundheitssystemen enthalten und wurde im Juni 2006 offiziell angenommen.

In der EU-Direktive 2011/24/EU wurde die Verwendung der Patientenrechte bei grenzübergreifender Gesundheitsversorgung offiziell anerkannt, wie etwa das Recht auf freie Wahl und das Recht auf Information.

Der Artikel 6 § 1 der Direktive schreibt fest, dass die Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass die nationalen Kontaktstellen, bestehend aus Patientenorganisationen, Gesundheitsdienstleistern und Krankenversicherungen, anerkannt und gefördert werden. Das gilt auch für das höchste Prinzip der Europäischen Charta der Patientenrechte, das "Recht auf Teilhabe an der Politikgestaltung."

Die weiteren Inhalte der Kampagne werden bis Mai 2016 in breiter Form in den Ländern der EU veröffentlicht. Als einziges deutsches Mitglied in diesem Gremium fordern wir mit dieser Information die Politik auf, die Gruppierungen der Selbstverwaltung wie auch die Krankenkassen in Bezug auf die gegenwärtige Entwicklung des Deutschen Gesundheitswesen auf Einhaltung dieser Rechte der Patienten zu prüfen und anzupassen. Gleichfalls fordern wir auch die vielfältigen Medien in Deutschland auf, den Bürgern diese Rechte zu vermitteln, um damit einen weiteren Abbau der Rechte der Patienten in Deutschland zu stoppen. Zu Informationen und Aktionen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung. Bezogen auf die Entwicklung

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

des deutschen Gesundheitswesens stehen wir nachweislich vor dem rapiden Abbau der Rechte der Bürger/Versicherten/Patienten und deshalb besteht ein dringender Handlungsbedarf.

<u>Kontakt Pressestelle:</u> Beethovenstr.2, 86150 Augsburg, Tel.:0821-50 86 79 60/Fax: 0821-50 86 79 69

<u>www.buerger-initiative-gesundheit.de</u> presse@buerger-initiative-gesundheit.de

(Pressemitteilung der Bürger Initiative Gesundheit e.V., Augsburg)

Ausgabensteigerungen 2016 bei den Arzthonoraren

 für neue Termin-Servicestellen,
 für das Präventionsgesetz und
 für fehlende Bundeszuschüsse in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

Entsprechend der Koalitionsvereinbarung sind nunmehr die Termin-Servicestellen bundesweit eingerichtet. Bei den Kassenärztlichen Vereinigungen in den Bundesländern erhält der Versicherte die entsprechende Telefonnummer dieser Stelle. Diese nennt aufgrund einer ausgestellten Überweisung des Hausarztes (nicht benötigt für den Augenarzt und Frauenarzt) einen Termin bei einem Facharzt. Die Behandlung muss innerhalb eines Zeitraumes von 4 Wochen dort begonnen haben. Der Versicherte hat Auswahlmöglichkeit, um einen bestimmten Facharzt zu wählen. Die Benennung kann eine Fahrzeit bis zu 30 Minuten erforderlich machen. In Ausnahmefällen sind sogar 60 Minuten zumutbar. Vermittlungen für Kinder-Fachärzte und Psychologen finden nicht statt. Sollte der Versicherte keinen Termin innerhalb von 4 Wochen erhalten, erhält er auf Vermittlung der Servicestelle einen Termin zur ambulanten Behandlung in einem Krankenhaus.

Dabei ist es selbstverständlich, dass die Beitragszahler auch mit diesem finanziellen Aufwand der Kassenärztlichen Vereinigungen durch Erhöhungen im jeweiligen Zusatzbeitrag belastet werden. Bundesweit kosten Einrichtung und Arbeit der Termin-Servicestellen rund 150 Mio.€. Die Fachärzte werden gerne dieses neue "Geschäftsmodell" annehmen. Zwischen dem Spitzenverband der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung wurden für das neu begonnene Jahr Honorarerhöhungen von 1,35 Mrd.€ vereinbart. Das jetzt in Kraft gesetzte Präventionsgesetz wird jährlich rund 500 Millionen Euro für die Beitragszahler kosten.

Völlig ungeklärt ist die Ende des Jahres zu ermittelnde Finanzierungslücke für Flüchtlinge (in Vorleistung der Krankenkassen) sowie die nicht

ausreichenden Erstattungen des Bundes für Sozialhilfeempfänger. Es ist damit zu rechnen, dass notwendige Milliarden an Bundeszuschüssen nicht ausgeglichen werden und auch dadurch die Beitragszahler mit weiteren erhöhten Zusatzbeiträgen belastet werden. Arbeitgeber beteiligen sich nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr an Mehrausgaben der Krankenkassen.

Die Zusatzbeiträge der Krankenkassen steigen jährlich

Die Ankündigung des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung, bis zum Jahr 2019 den Zusatzbeitrag für Arbeitnehmer und Rentner gegenüber heute zu verdoppeln, spricht Bände. Demnach würden die Kassenbeiträge ohne gesetzliche Beitragserhöhungen zwischen 240 und 440 € im Jahr − je nach unterschiedlicher Kassenzugehörigkeit − angehoben werden.

Und warum? Weil unter dem Deckmantel von weniger Bürokratie von dieser Bundesregierung Strukturen eingeführt werden sollen, die für Ärzte in den Praxen, für Krankenhäuser, für die Pharmaindustrie u.a. ein lukratives Geschäft versprechen. Es ist ein Unding, dass der Staat sich aus allem heraushält, aber dennoch Strukturen voraibt. die die Partner im "Gemeinsamen Bundesausschuss Ärzte/Krankenkassen/Krankenhäuser" zu Lasten der Beitragszahler in Gang setzen - und zwar für Anhebungen der Vergütungen im Gesundheitswesen. Der Deckmantel der Zusatzbeiträge – ohne Beteiligung der Arbeitgeber wird als Wettbewerb der Krankenkassen untereinander verkauft. Die vielen Milliarden Euro Ausgaben ohne Krankheitsbegründungen – also Wohlfühlanwendungen - dürfen die Krankenkassen andererseits anbieten, und die Politik schaut zufrieden zu. Günter Steffen

Mehr Qualität durch das neue Pflegeberufe-Gesetz

Nach mehr als 10 Jahren Diskussion zur Ausbildung in den Pflegeberufen hat das Bundeskabinett nun eine Reform auf dem Weg gebracht, die man durchaus als einen Meilenstein für die längst überfällige Neuordnung in den Pflegeberufen benennen kann. Ziel ist unter anderem die bedarfsgerechte Pflegeausbildung im Hinblick auf das erweiterte Krankheitsbild der Älteren Generation. Die demographische Entwicklung läßt inzwischen den Anteil der hochbetagten Patienten in den Krankenhäusern und ebenso den Anteil multimorbider Pflegebedürftiger in der stationären und ambulanten Altenpflege weiter ansteigen. In beiden

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

Bereichen kann deshalb die Qualität der Pflege nur mit ausgebildeten Fachkräften, die über ausreichende medizinische Kenntnisse in der Behandlungs- und Altenpflege verfügen, gesichert werden. Mit dem neuen Gesetz können deshalb bisher getrennt geregelte Ausbildungen in der Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege zu einer neuen Pflegeausbildung mit einheitlichem Berufsabschluss zusammengeführt werden. Die neuen Regelungen sollen dazu beitragen, die Pflegeberufe inhaltlich aufzuwerten, sich zukunftsgerecht weiterzuentwickeln und auch attraktiver zu machen. Für die Auszubildenden wird die Ausbildung dann auch endlich kostenlos sein. Die Finanzierung der Pflegeausbildung soll durch das neue Gesetz bundeseinheitlich geregelt werden. Sie erfolgt über Ausbildungsfonds auf Landesebene. Fondeinzahler sind die jeweils zugelassenen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die Länder und die Pflegeversicherung. Wolfgang Helfst

Seniorenforum

Keine Kürzungen der Zuschüsse für Begegnungsstätten

Wie man in der Presse lesen konnte, wird den älteren Menschen also aktuell der Zuschuss, der als finanzielle Zuwendung den Begegnungsstätten gewährt wird, noch einmal "um 5% als Planungsreserve gekürzt". 5% der Mittel stehen also hier und heute trotz der Kürzungen der vergangenen zehn Jahre weniger zur Verfügung. Auch zeigt diese erneute Kürzung meiner Meinung nach die Tendenz, die offene Altenhilfe, die ja gerade mit ihren "allgemein zugänglichen Angeboten" die individuellen Stärken der älteren Menschen fördern möchte, zu schwächen.

Das ist sehr schwer hinzunehmen und verstärkt unter anderem einen Trend, der die sozialen und menschlich notwendigen Bindungen in unserer Gesellschaft weiter auseinanderbrechen läßt. Kürzungen aller Art in unserer so reichen Gesellschaft verstärken die UNGLEICHHEIT und fördern ein Gefühl der Unsicherheit und Angst. Mögliche Folgen zeichnen sich schon ab. Das kann politisch ja wohl in dieser Form so nicht gewollt sein.

Ich will nicht ins Heim!

Nein, ich will nicht ins Altersheim. Dabei geht es mir nicht darum, dass ich mich stark verkleinern und einschränken muss. Das liegt in der Natur der Sache. Alles, was ich an Persönlichem brauche, wird da schon reinpassen.

Ich will höchstens in ein Heim, in dem ein Billardtisch steht, eine Tischtennisplatte und ein Tischkicker. Und wenn es da eine Bibliothek gibt, einen Fernsehraum mit Kaffeeautomat, einen Computerraum, eine Werkstatt, einen Fitnessraum und einen Andachtsraum. Mögen die Räume auch noch so klein sein. Sonst langweile ich mich da zu Tode. Aber ein solches Altersheim kenne ich nicht. Jedenfalls nicht in Bremen. Und nach woandershin will ich auch nicht.

Martin Korol, Bremen

Aus dem Vorstand

1. Am 25.02.2016 fand die konstituierende Sitzung der Landesseniorenvertretung Bremen statt. Das Gremium musste sich neu zusammensetzen, weil Bernd Grottke und Joachim Schwolow satzungsgemäß ausgeschieden sind. Das Ergebnis der Wahlen:

Landesvorsitzender: Dr. Andreas Weichelt, Bremen Stellvertreter: Wilhelm Behrens. Bremerhaven

Stellvertreterin: Karin Fricke, Bremen Beisitzer: Dirk Schmidtmann, Bremen Beisitzer: Reinhard Niehaus, Bremerhaven

Die Landesseniorenvertretung muss sich über die Entsendung eines Mitglieds auf ihre Sitze in der Landesmedienanstalt, im Landespflegeausschuss und im Rundfunkrat einigen. Frau Fricke wurde als ordentliches Mitglied in den Rundfunkrat gewählt. Die endgültige Entscheidung über die anderen Entsendungen ist noch ausgesetzt. Für Landesmedienausschuss liegen Bewerbungen vor und für die Besetzung des Landespflegeausschusses müssen noch einige Fragen geklärt werden. Da Landesmedienanstalt ihre Mitglieder selbst wählt, muss erst diese Wahl abgewartet werden, bevor dann die Delegierung auf die anderen noch unbesetzten Gremiensitze durch die LSV Bremen vorgenommen werden kann.

- 2. Nachdem die Bremer SV die Sparkasse wegen der in einzelnen Stadtteilen drohenden Filialschließungen angesprochen hat, wurde der Vorsitzende, Dr. Weichelt, am 01.03.16 zu einem Gespräch über die zukünftige Gestaltung der Filialenstandorte der Bremer Sparkasse eingeladen. Die Sparkasse versicherte, dass es noch kein endgültiges Schließungskonzept gebe, allerdings läge die Schließung der Filiale Sögestraße und Mühlenstraße fest. Auch eine der Filialen in Horn-Lehe sei im Blick. Es wurde versprochen, bei allen Maßnahmen die Interessen der Seniorinnen/Senioren zu berücksichtigen. Dazu soll im Herbst ein Seminar mit allen Beteiligten zu diesem Thema stattfinden.
- 3. Die temporäre Arbeitsgruppe des AK Senio-(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

renpolitik und Soziales hat ihren Auftrag erledigt und dem Vorstand ein endgültiges Protokoll der Stellungnahme zu den Bremer Vorlagen Gute Pflege als Grundlage für selbstbestimmtes Leben und Beratung, Begegnung und Dienstleistung im Alter (vgl. DURCHBLICK 194, S.5/6) vorgelegt. Dieses Papier wird an die Sozialsenatorin weitergeleitet.

- 4. Dirk Schmidtmann hat die SV auf der letzten Sitzung des Fahrgastbeirats vertreten. Dort hat sich nichts Wesentliches getan. Erwähnenswert wäre, dass die Züge im Nahverkehrsverbund künftig mit getrennten Abteilen für Behinderte (mit Rollstühlen und Rollatoren) und für Reisende mit Fahrrädern ausgerüstet werden. Auf den Bahnsteigen soll künftig ein Fahrkartenautomat stehen.
- 5. Am 14.03.16 haben sich Mitglieder des Vorstands (Dr. Weichelt, Frau Fricke und Herr Schmidtmann) mit den Herren Bentsch und Strohmann vom Sozialausschuss der CDU-Bürgerschaftsfraktion getroffen. In dem Gespräch ging es um Fragen zur weiteren Entwicklung der Aufsuchenden Altenarbeit-Hausbesuche in den Bremer Stadtteilen, der Dienstleistungszentren und der Begegnungsstätten. Das vorher von der Arbeitsgruppe Seniorenpolitik und Soziales beschlossene Positionspapier wurde übergeben. Es herrschte in der Sache Übereinstimmung und seitens der CDU wurde Unterstützung unserer Anliegen zugesagt. **Gerd Feller**

Aus den Arbeitskreisen

AK Seniorenpolitik und Soziales

Der AK tagte am 23.2.2016. Zu den Schwerpunktthemen der nächsten Zeit gehört die Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum. Dazu hat der Vorstand den Senator für Inneres um ein Gespräch gebeten. Ein Termin steht noch nicht fest.

Am 02.03.16 hat die Arbeitsgruppe Rente ihre Arbeit begonnen. Zur Einführung in dieses komplexe Problemfeld referierte freundlicherweise Ingo Schäfer, Referent für Sozialversicherungs- und Steuerpolitik bei der Arbeiterkammer Bremen. Seine umfassenden Kenntnisse vom Steuerwesen und seine Fähigkeit. die komplizierten Zusammenhänge aufzuschlüsseln, gaben der Arbeitsgruppe die Gelegenheit, sich ausführlich mit der Materie auseinanderzusetzen. Ingo Schäfer nahm auch an einer 2. Sitzung der Arbeitsgruppe am 14.03.16 teil, für die er eine schriftliche Zusammenfassung der komplizierten versprochen hatte. Damit konnte der Materie schwierige Stoff noch effektiver behandelt werden. Dem Referenten sei herzlicher Dank ausgesprochen. Auf dieser Basis wird jetzt ein Positionspapier zum Thema *Rente* erarbeitet.

Eine weitere Arbeitsgruppe wird zum Thema **Altersarmut** eingerichtet. Die Leitung übernimmt Herr Grottke. Sitzungstag wird dienstags vormittags 9:30, in der Seniorenvertretung sein.

Eine dritte Arbeitsgruppe wird sich mit den Themen **Machbarkeit** von seniorenpolitischen Vorhaben, Verbesserung von Arbeitsweisen und -techniken, PC-Recherchen, Stand von Gesetzgebungsverfahren usw beschäftigen.

AK Pflege und Gesundheit

Das Thema Generalisierte Pflegeausbildung stand im Mittelpunkt der Sitzung am 15.03.16. Als Referentin war Sabine G. Nowack (Referat Ältere Menschen, Sozialressort) eingeladen. Sie gab sehr ausführlich Antwort auf die Fragen, was unter generalisierter Pflegeausbildung zu verstehen sei, warum das Pflegeausbildungssystem geändert werden solle und was man nun zu tun gedenke. In der anschließenden Diskussion wurden einzelne Inhalte und kritische Punkte aufgegriffen. Der DURCHBLICK wird darüber noch detaillierter berichten.

Zur Diskussion gestellt von Gerd Feller

Ob die deutsche Pflegelandschaft wirklich gesundet?



Wissen Sie, liebe Leser/-innen, worum es sich bei der "generalisierten Pflegeberufsausbildung" handelt? Im Augenblick beschäftigt das neue Pflegeausbildungsgesetz jedenfalls alle, die irgendetwas mit dem Pflegesystem zu tun haben. Um genauere Einsicht zu erhalten, hatte der AK Pflege und Gesundheit der Bremer Seniorenvertretung zu seiner Sitzung vom 15.3.16 Frau Nowack (Referat Ältere Menschen, Sozialressort) eingeladen, die darüber ein sehr informatives Referat hielt. Ich will an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten eingehen. Die kritische Betrachtung mag hier und da noch einige Verbesserungen des Gesetzentwurfs wünschen, aber im Großen und Ganzen kann man wohl den geplanten Inhalten und Zielen der Reform zustimmen. Sie könnte wirklich zu einer zukünftsfähigen Pflegeausbildung führen und die Qualität der Pflege sowie die Attraktivität des Pflegeberufs steigern.

Aber ich habe mir die Frage gestellt, wie es wohl mit der Umsetzung der Ausbildungsreform im Dickicht des Pflegewesens aussehen könnte. Die Auszubildenden können durch die genera(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

lisierte Pflegeberufsausbildung zwar eine höhere Berufsqualifizierung gewinnen, aber kommt diese auch den pflegebedürftigen Menschen zugute?

Die Reform kostet Geld, und es zeichnet sich ab, dass auch die Versicherten wieder einmal die Kosten mittragen müssen. Also dürfen sie mit der Erhöhung der Versicherungsbeiträge und der Anrechnungen für private Leistungen rechnen. Das wäre vielleicht noch zu verkraften, aber man erwartet dann auch, dass die Investitionen konsequent zu einer Verbesserung der Lage pflegebedürftiger Menschen beitragen. Das wird allerdings durch die zukünftig besser qualifizierende Ausbildung der Pflegekräfte allein nicht ohne Weiteres garantiert.

Was nutzen uns bestens ausgebildete Pflegekräfte, wenn sie weiterhin z.B. durch die in Patienten-Zuwendung, also Minuten gegliederte durch eine rein ökonomisch orientierte Organisation der Arbeitszeit und Arbeitsaufwendung daran gehindert werden, den Richtlinien ihrer Ausbildung hinsichtlich eines sachgemäßen und menschlich angemessenen Umgangs Pflegebedürftigen zu folgen? Es wird immer drohenden Mangel wieder auf den Pflegekräften hingewiesen. Wer will sich aber ernsthaft einer hochqualifizierenden und zeitlich umfangreichen Ausbildung stellen, wenn er dann bei Ausübung des Berufs wegen der Regeln seines Dienstherrn ständig seine Kenntnisse und Fähigkeiten vernachlässigen muss. Wer wird den anspruchsvollen Pflegeberuf noch ergreifen wollen. wenn er sich mit ihm durch die Vorschriften und Würgegriffe der Trägerschaften nicht mehr identifizieren kann und wenn es nicht gelingt, diese Tätigkeit besser zu entlohnen und ihr in der Gesellschaft ein höheres Ansehen zu verschaffen?

Kurz, das Problem der Reform liegt für mich nicht in der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung einer künftigen Pflegeausbildung, sondern darin, ob es gelingt, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Ausgebildeten zukünftig auch zufriedenstellend das leisten dürfen, was sie gelernt haben. Wenn sie häufig gezwungen werden, gegen ihr Gewissen zu handeln, wird sich die Freude am Pflegeberuf schnell verflüchtigen, und es wird sich kaum etwas an den bisherigen, sehr häufig zu bemängelnden Verhältnissen beim Umgang mit Pflegebedürftigen ändern. Wenn es der Politik nicht gleichzeitig bis zum Inkrafttreten des neuen Pflegeausbildungsgesetzes oder bis zum Abschluss des ersten Ausbildungsjahrgangs gelingt, über gesetzliche Auflagen den Widerspruch zwischen wirtschaftlichen Interessen der Pflegeinstitutionen und dem Leistungsstandard der Pflegekräfte aufzuheben, waren die Investitionen umsonst und die Reform wirkt sich nicht zum Wohle Pflegebedürftigen aus. Die Pflegelandschaft in Deutschland wird sich dann nicht erholen.

Landesseniorenvertretung tagte in Hannover

Am 9./10. März 2016 trafen sich die Spitzen der Landesseniorenvertretungen BAG LSV e. V. zu ihrem turnusmäßigen Treffen, diesmal in Hannover. Die Wiedersehensfreude der "Altvorderen" war groß. Sitzungsort waren die hervorragend ausgestatteten Räumlichkeiten des Seniorenbeirates der Stadt Hannover, die seinerzeit von Altbürgermeister Schmalstieg eingerichtet wurden. Dieser hat dort auch heute noch sein Zimmer. Allein 200 Seniorenbeiräte gibt es in Hannover. Diese bilden einen 13-köpfigen Vorstand (13 Stadtbezirke), der regelmäßig tagt, um das Stadtparlament und die niedersächsische Regierung zum Wohle der Senioren zu beeinflussen. Daneben gibt es die eigentliche LSV, die mit uns tagte und die überregionalen Aufgaben wahrnimmt.

Aus der Bremischen Landesvertretung waren Dr. A. "Weichelt als neuer Landesvorsitzender und Jochen Schwolow als Vertreter und Berichterstatter für die vergangene Periode bis 2015 angereist. Nach den Berichten des 5 köpfigen Vorstandes (Satzung, Berliner Erklärung zum Leben im Alter) und der Entlastung des Vorstandes schloss sich eine heftige Debatte über die endgültige Fassung der neuen Satzung an. Der vorliegende Satzungsentwurf war nach monatelanger Vorarbeit auch mit großer Bremer Beteiligung entstanden. Ein weiterer Bremer Vorschlag zur Abgabepflicht von Vortragshonoraren, bzw. deren Versteuerung wurde abgelehnt.

Der zweite Tag begann mit einer spannenden und lehrreichen Internetvorstellung für Senioren und Behinderte (Barrierefreies Internet). Dieses Thema - hervorragend herausgearbeitet von einem belgischen IT-Expeten, Herrn Vakier – brachte der Versammlung neue Erkenntnisse, die uns auch in Bremen noch beschäftigen werden.

Danach begann die Berichtserstattung der einzelnen Bundesländer, also 16 Kurzreferate mit anschließender Debatte. Die Bremer Vertreter berichteten über die Arbeit in Bremen und Bremerhaven der letzten zwei Jahre, wobei insbesondere die Tätigkeit unserer Arbeitskreise im Mittelpunkt stand.

Nach Hinweisen auf Termine im laufenden Jahr wurde die Versammlung geschlossen. Dieses Treffen der BAG LSV e.V. war eine insgesamt positive und erkenntnisreiche Veranstaltung.

Andreas Weichelt

Impressionen von der Aktivoli

Die Aktivoli, eine Messe der Freiwilligenagentur, - fast schon eine Bremensie –, fand diesmal am 6. März 2016 (von 11:00-17:00 Uhr) (Fortsetzung auf Seite 7) (Fortsetzung von Seite 6)

in der oberen und unteren Rathaushalle statt. Nach



einer launigen Eröffnungsrede von Senatorin Linnert gab es Kammermusik in dem traditionellen Festsaal des Rathauses.

Die Reihen der Ausstellungsstände waren gut besetzt, das Spektrum Freiwilligenarbeit ist immens. Viele dieser Aktivitäten sind besonders senioren-B. politisch relevant. So

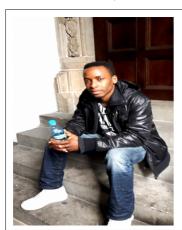
B.Gosau, G.Dragheim

hat der gut besuchte Stand der Seniorenvertretung (Bernd Gosau, Ilse Junge, Gert Dragheim, Agnes Müller-Lang, Andreas Weichelt, Gerd Feller, Jochen Schwolow, Karin Fricke und Eckehard Grimm) alle Hände voll zu tun, um die Fragen der Aussteller und Besucher zu beantworten. Bei den Materialien waren es vor allen Dingen die bunten Stadtpläne für ältere Menschen, die sehr begehrt waren.

Leider sind die Pläne noch nicht für alle Stadtteile vorhanden. Auch viele Wünsche hinsichtlich von Kooperationen, Netzwerken und gegenseitigen Informationen wurden an uns herangetragen, z. B. vom Blindenverein, von der Verkehrswacht oder dem Verein für Paralympics. Gegen 16.00 Uhr ebbte der Besucherstrom schlagartig ab. Wir packten ein und blickten erschöpft auf einen wunderbaren Tag zurück.

Sprachpaten gesucht!

"Wer kann helfen, mich besser in der deutschen Sprache ausdrücken zu können?" Der junge Mann, der leise und zurückhaltend die Frage an mich richtet, kommt aus Guinea, einem



westafrikanischen Staat. Thierno S. B. strahlt Höflichkeit, Freundlichkeit und die Bereitschaft, zu lernen aus. Er spricht Französisch und einige Sprahen aus seinem Herkunftsland.

Seit drei Jahren lebt der heute 20jährige Thierno S. B. in Deutschland, die meiste Zeit davon in Bremen. Er gehörte damals zur Gruppe der sogenannten "minderjährigen Flüchtlinge". Damals erhielt er einen Vormund und einen Betreuer, die ihn bei seinen ersten Gehversuchen in der neuen Welt begleiteten und unterstützten.

Heute, drei Jahre später, spricht und versteht er die deutsche Sprache beeindruckend gut. Seine kleine Wohnung und der Arbeitsplatz in einer großen internationalen Firma sind sein Glück. Sein größter Wunsch ist eine Ausbildung. Aber an die Ausbildung ist gekoppelt, dass er sich sicher mit der deutschen Sprache im Alltag der Berufsschule bewegen kann. Genau da aber liegt zurzeit der "Hase im Pfeffer". Thierno fehlt ein regelmäßiges Training in umgangssprachlicher Kompetenz.

Wer kann helfen und hat Zeit? Wer möchte sich einmal wöchentlich zwei Stunden mit Thierno treffen, um kostenfrei mit ihm Deutsch zu sprechen? Bevorzugt wäre ein Termin am Wochenende anzustreben. Wer Zeit und Lust hat, melde sich bitte im Verein Ambulante Versorgungsbrücken e. V. Humboldtstr. 126, 28203 Bremen. Tel. 0421-69 64 200, avb@gmx.org"

Elsbeth Rütten

Anmerkung der Redaktion:

Es wird soviel von der Bedeutung der Integration gesprochen. Wer jungen Flüchtlingen in der von Elsbeth Rütten angesprochenen Form bei der Sprachentwicklung hilft, leistet einen wesentlichen Beitrag dazu. Besonders die ältere Generation könnte in solch ungezwungenen Gesprächen aufgrund ihrer Lebenserfahrungen wichtige Kenntnisse von Sprachgebrauch und Landeskultur vermitteln und auch selbst noch manches Interessante über fremde Welten hören.

Barrierefreie Bankautomaten gefordert

Es gibt in unserem Land viele Einzelkämpfer, die sich engagiert dafür einsetzen, dass das Leben im Alter erleichtert wird. Zu ihnen zählt Raymund Haller. Er lebt in Karlsruhe (Baden-Württemberg) und bemüht sich im Augenblick um barrierefreie Zugänge Bankautomaten. zu Probleme bei den Bankautomaten sind auch schon häufiger von der Bremer SV aufgegriffen worden. Die Leser/-innen des DURCHBLICKS erinnern sich vielleicht noch der Schilderungen von ärgerlichen Erlebnissen mit Bankautomaten.

Raymund Hallers Anliegen ist es, den Blinden und Sehbehinderten Erleichterungen bei der Erledigung ihrer Bankgeschäfte zu verschaffen. Dazu gehören ja auch viele ältere Menschen, so dass der von ihm vorgelegte Prioritätenkatalog auch für die Bremer SV von Interesse sein könnte.

Raymund Haller schreibt: "Ein zentrales Anliegen ist der barrierefreie Zugang zu den Geldautomaten, sicherlich kostspielig und an manchen Orten schwierig zu realisieren. Darüber hinaus gibt es Forderungen, die den Geldautomaten selbst (Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

betreffen:

- Der Karteneinschub sollte an allen Automaten an derselben Stelle sein, deutlich gekennzeichnet und erfühlbar.
- Ein bei der Bedienung zu berührender Bildschirm (Touchscreen) führt oft zu Fehleingaben. Seine Aufgaben sollten ebenso wie die Funktion der Tasten links und rechts vom Bildschirm genauso über die Tastatur gehen. Deren Tasten sollten nicht zu klein und nicht zu eng beieinander sein.
- Tasten mit Sonderfunktionen sollten mit ihren erläuterten Zeichen erfühlbar sein.
- Eine Sprachausgabe, die alle Erläuterungen enthält und sich beim Einstecken des Kopfhörers einschaltet, wäre vorteilhaft.
- Eine Bildschirmanzeige, die durch Größe und Farbe auch von Sehbehinderten gut erkannt werden kann, wäre begrüßenswert.
- Gleichgerichtete, vorderseitige, richtungssortierte Ausgabe der Geldscheine.

Ich suche jetzt Personen und Institutionen, die diese Forderungen an die Banken befürworten und unterstützen. Vorstellen könnte ich mir eine Fernsehsendung, in der dieses Anliegen behandelt und für dessen Verwirklichung geworben wird. Es haben bereits Politiker und Vertreter von Organisationen aus dem In- und Ausland mir zugesagt, eine TV-Ausstrahlung zu diesem Thema zu befürworten. Vielleicht können und wollen Sie sich ebenfalls in die Liste einreihen? Ich würde mich darüber freuen und es Ihnen sehr danken. Mit freundlichen Grüßen Raymund Haller"

Der Vorstand der Bremer SV hat sich dem Anliegen Raymund Hallers angeschlossen und sich in die Unterschriftenliste eingetragen. Sie umfasst bereits mehr als 40 Unterschriften, darunter auch bereits 14 Landesseniorenvertretungen.

Stadtteilplan Woltmershausen/Rablinghausen für ältere Menschen

Nachdem im Januar 2016 der Stadtteilplan Hemelingen erschien, wurde schon am 19.Februar 2016 der 9. Bremer Stadtteilplan, diesmal für die älteren Menschen in Woltmershausen und Rablinghausen, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Stadtteilplan entstand unter Beteiligung von Woltmershauser Mitbürgerinnen und Mitbürgern (60plus) sowie vielen Einrichtungen vor Ort. An der Präsentation nahmen außer den an der Planung beteiligten Seniorinnen/Senioren, Vertreter/-innen des Arbeitskreises Ältere Menschen in Pusdorf e.V. und des AWO Dienstleistungszentrums Neustadt/ Woltmershausen auch die Ortsamtsleiterin Annemarie Czichon teil. Verantwortlich für Planung und Erstellung war, wie auch bei den vorausgehenden Stadtteilplänen, Ines Hillmann von der edition axent.

Der Stadtteilplan Woltmershausen ist in Form einer handlichen Broschüre in vielen Einrichtungen und Geschäften vor Ort kostenlos erhältlich.



Impressum

Landesseniorenvertretung Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14 Bahnhofsplatz 29 28195 Bremen, Tel.: (0421) 3 61 67 69

E-Mail: Seniorenvertretung@soziales.bremen.de www.seniorenlotse.bremen.de/seniorenvertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen

Redaktion: Gerd Feller (V.i.S.d.P)

E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

Der DURCHBLICK

erscheint monatlich auch im Internet unter www.seniorenlotse.bremen.de/seniorenvertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausseht



Yaşlılıkda fakirlik Nedenleri artık ne zaman ele alınacak?

Beş yıldan fazla zamandır siyasette, medya ve kamuda yoksulluk konusu ve özellikle çocuk ve yaşlılık yoksulluğu yazılmakta, Bremen'de de. Esasen, bizim Eyaletimizde yüksek yoksulluk riskine ilişkin endişe verici araştırmalara devamlı işaret edilir, istatistik ve toplumsal yapısına ve bölgelere, mahallelere, rakamlara göre yaşam kalitesi anlatılır. Buna ek olarak, emeklilik planında bir şeylerin değiştirilmesi gerektiği uyarıları vardır. Yaşlılık yoksulluğunu önlemek için bir önkoşul, genellikle iyi bir eğitim, düzenli istihdam ve bir mesleki ya da özel emeklilik belirtilir. Doğru! Ancak bunların tümü sadece her taraf doğru davranırsa olur.

Eğer basında okursanız (bkz. Weser Report v.26.08.15, s.1) senato ofisi muhtaç emeklilere belirli kurumlardan yardım alabilmeleri hususunda, öneriler yapmaktadır, çoğu kez yaşlılar için seyahat ve sübvansiyonlar gibi, ancak ciddi bir problem çözümü isteğinin eksikliği var gibi görünüyor.

Böyle tavsiye ile yoksulluk sorunu çözülemez. Elbette, herkes hayatından sonuçta sorumludur ve refahı kendi katkısında bulmalıdır. Ama şartlar ona hiç şans vermez ise, dayanışma ile herkese bir şans sağlanmalıdır. Ama bunun yerine semptomlarla uğraşılıyor.

Bremen Yaşlılar Temsilciliği uzun zamandır, artık daha çok, yaşlılıkta yoksulluğun temel nedenlerini tartışmak, radikal çözümler geliştirmek ve tutarlı bir şekilde bu uygulamaya başlamak için çağrıda bulunuyor. Yaklaşık bugüne kadar (örneğin yaşam standardını güvence için) emeklilik planlarında temel gelişmeler reddi var, işgücü piyasasına kalıcı değişikliklere (asgari ücret gibi, tarife ,optimum iş sağlığı ve güvenliği, yeterli sağlık bakımı, mesleki eğitim sağlamak) ve toplumsal cinsiyet eşitliği ve iş yerinde yaş ayrımcılığı önleme gibi(kadınlar ve erkekler için, daha esnek emeklilik girişi ve eşit ücret).

Yaşlılar Temsilciliği sabit gerçekler devamlı sızlanmaların ve şikayetlerin artık yeterli olmadığı görüşündedir. Yetkili sosyal politika ve medya "yoksulluğun" ciddi bir çekirdek sorun olduğunu, yani sosyal piyasa ekonomisinin acımasız kapitalizmin dönüşümünün güvencesiz işgücü piyasası koşullarının büyük ölçüde sorumlu ,özellikle nesillerin yararına, olduğu genç belirtilmelidir. İşte bunlar gerçek nedenlerdir. Sadece daha iyi eğitim olarak yoksulluğa engel olunamaz. endüstri bilim ve profesyonel, akademik eğitimliler de gösteriyor, onlar para kazanmak için taksi sürüp eğitimlerinin altında olan işlerde çalışmaktadırlar.

O yüzden, yeni ekonomik sistemi oluşturmak için nihayet federal politika gerçekten Bremen yanı sıra diğer federal Eyaletlerin Berlin'e

baskı zamanıdır.

Belirtilmelidirki, bütün vatandaşların yararına toplumsal olarak kabul edilebilir yollar ve çözümler bulunmalıdır.

Gerd Feller (Altersarmut - Wann werden endlich die Ursachen angepackt? DURCHBLICK 189, S.6)

Yönetim Kurulu tarafından

1.Başkan Rolf Prigge'nin Aralık 2015 deki istifası YaşlılaTemsilciliği üyelerini şaşırttı. Onlar acele gerçekleştirilen bu adımıdan dolayı üzüntü duyuyorlar. Rolf Prigge basına yaptığı açıklamada Yaşlılar Temsilciliği'ndeki durumu "zaman dışı koşullar" olarak yorumluyor .Koşullar muhtemelen yapı ve Yaşlılar Temsilciliği'nin faaliyetleri anlamına geliyor. Bu konunun, delegelerle 02/02/2016 tarihinde konuşulması planlanmıştı. Tabii ki, Kurul kritik sorunları ele almaya hazır , ancak kararlar Meclisi tarafından Delegeler görüşüldükten tartışılduktan sonra ve Delegeler Meclisi tarafından onavında verilir. Yönetim Kurulu toplantılarından birinde ifade edildiği gibi,istifa tehdidi altında değil. Bremen Yaşlılar Temsilciliği'nin birinci görevi Bremen yaşlılarının çıkarlarını temsil etmektir, bu bağlamda başkanın istifası daha da anlaşılmaz görünüyor, çünkü onun ve Yönetim Kurulu arasında gelecek içerikli konularda ve iş hedeflerinde çok az farklılıklar mevcuttu. Yaşlılar Temsilciliği'nin sosyal profilini güçlendirmek için ilk adımlar atılılmıştı zaten. örneğin yaşlı örgütleri ile ağların geliştirilmesi. Fakat muhtemelen bu yeterli şekilde hızlı ve radikal olmadi. Çok yazık!

- 2. Şubat ayı başlarında delegeler toplantısında Başkanlık yeniden seçilecek. Ayrıca yapı ve çalışma konuları hakkında konuşulacak.Bunun dışında, işin içeriği, başladığı gibi devam edecek ve programlanan tüm randevular takip edilecek.
- **3.** Bir ekonomik plan için arzu delegelerin son toplantılarında defalarca belirtilmiştir. Bu konu Sosyal Senatörlük bütçe ve ekonomik uzmanları ile istişare edilip yoğun olarak tartışıldı.

Hatırlatma:

Delegeler Meclisi kompozisyon modu sonucu olarak Yaşlılar Temsilciliği'nin hakları arasında Bremen yaşlıları için konuşmak da vardır. Bremen Yaşlılar Temsilciliği, bir kulüp değil, hiçbir kurumsal statüye sahip değil, bir kamu otoritesinin ya da yerel otorite parçası değildir ve aynı zamanda, ekonomik olmayan amaçları vardır, bu nedenle Medeni Hukuk, Şirketler Hukuku veya Ticaret Hukuku altında bir şirket değildir. Yasal görüş (14 Haziran 1988) şunları söylemektedir: "Temsilcilik bir yaşlı temsilciliğidir ve yasal olarak entity'sui bir tüzel kişiliği olmayan, kendine öz bir tüzel kişidir. Bu hukuki durumda temsilcilik kendi hedeflerini, eylem biçimlerini ve çalışma yollarını belirleyebilme avantajına sahiptir. (Devami sayfa 10)



(Sayfa devami 9)

Özel yetki ve teşvik desteği hakları yoktur." fakat aslında gerçek olan Senato ve Statü'nün §5 ile Yaşlılar Temsilciliği'nin resmen tanınmış olmasıdır: "Yaşlılar Temsilciliğinin kendi görevlerinin ifasında gerekli bütçe kaynakları Sosyal İşler Senatörü tarafından sağlanmaktadır." Böylece Senato ofis olarak, ödeneklerin yönetiminden sorumludur kira, ek maliyetleri ve yönetim maliyetleri, personel maliyetleri, ofis ve yönetim maliyetleri onlara aittir. Yaşlılar Temsilciliği büyük ölçüde sadece başvuru sahibidir. Yönetim, mali çerçevenin aşılmaması ve Yaşlılar Temsilciligi'nin tüm yıla calışabilmesini sağlıyor. Burda aynı zamanda yürütme ve idari bütçe ofisi arasında devamlı irtibat vardır. Günlük işlemler muhasebe yetkilisi Anna muhasebeleştirilmektedir. Yaşlılar Temsilciliği sadece iç ödemelerde delegelerin giderlerinin (Seyahat ve malzeme maliyetleri) iç dağıtımına ilişkin karar veriyor. Bunun icin tek başına bir özel yönetim planı gereksizdir. Daha fazla ayrıntı 02:02:16 Delegeler toplantısı için delegelere gönderilen pozisyon kağıdında belirtilmiştir. Tabii ki, yıllık harcamaları için bir liste oluşturularak yıllık rapor olarak yorumlanabilir, böylece genel bakış, şeffaflık ve olası dağıtımlarda garantilenir.

4. Bremen Havaalanı fuayesinde yaşlılar için oturma zorlukları ile alakalı Yaşlılar Temsilciliğinin şikayatleri havaalanı yönetimine ulaştı. Bremen Havaalanı Satış, Yönetim ve İletişim Daire Başkanı Florian Kruse, 22:12:15 deki bir mektupta, bir çok oturma alanlarının hasarlı olduğunu belirtti.Yeni oturma alanları için "şu anda bir yeniden yapılanma sürecine girilmiştir" dedi.

Şu anda, proje planlama aşamasında devam etmektedir, koltuk veya gelecekteki sayısı hakkında herhangi mevcut bir bilgi olmadığı söylendi. Yaşlılar Temsilciliği durumu devamlı izleyecek ve gerekirse bir daha soracak. (Aus dem Vorstand, DURCHBLICK 193, S.5/6)

Bakımevleri raporlarının dörtte biri yayınlanmıyor

Bakımevleri şeffaflık raporlarının çeyreğinin yasal gerekliliklere aykırı olarak yayınlanmadığı federal yaşlı ve bakıma muhtaç kişilerin menfaatlerini koruma derneği (BIVA) tarafından eleştiriliyor. Bunlar yarı yatılı bakım tesisleri. BIVA başkanı, Dr. Manfred Stegger'göre "İhtiyaç sahipleri kendileri veya aile üyeleri için bir yarı yatılı bakım yeri arıyor, fakat onlara gerekli rehberlik sunulmuyor ".

Almanya'daki 14.000'den fazla tesisden yaklaşık 3.500'ü yarı yatılı bakım sunmakta. Bu gece boyunca veya günde belirli saatlerde

konaklama ve bakım anlamına geliyor. Bu tür tesislerin sayısı artmaya devam ediyor. Stegger "Tesislerin dörtte biri için neden bir muafiyet olduğu anlaşılmıyor" diyor. Mevzuat, tüm huzurevlerinin sağlık sigortalarının tıbbi hizmet merkezleri tarafından yılda bir kez gözden geçirilmesi gerektiğini belirtiyor. Aynı zamanda 2009'dan itibaren, test sonuçlarının internette uygun formda yayınlanması gerektiğini tespit etmiştir. Yayınlama kuralları olusturmak icin vasavla bakımyönetimi, ayakta hizmet ve olusturulan yataklı tedavi merkezleri için belirlediği kontrol sonuçlarının nasıl yayınlanacağınıda belirledi. Fakat sonra, yarı yatılı bakım evleri test sonuçlarının yayınlanması konusunda çalışma dışı bırakıldı. Bu arada, bu tür tesislerin sayısı giderek artmıştır. Üç bakım evinden ikisi yarı yatılı bakım sunuyor. Bu tür tesisler gerçekten kontrol ediliyor, ancak test sonuçları yayınlanmıyor. Stegger" Burdada şeffaflık söz kunusu olamaz. Bakım özyönetiminin kısa vadede düzeltici taleplerde bulunması gerek" diyor.

(**Kaynak:** BIVA basın açıklaması, Bonn, 2015/10/12) (Ein Viertel aller Prüfberichte von Pflegeeinrichtungen bleiben unveröffentlicht, DURCHBLICK 193, S.1)



Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil **Editör:** Zeynep Sümer

(Mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Referat Integration)